

DIE LINKE. Stadtverband Gladbeck,  
Franz Kruse, Welheimer Str. 198, 45968 Gladbeck

Herrn  
Bürgermeister Roland  
Stadtverwaltung Gladbeck  
Willy-Brandt-Platz  
45964 Gladbeck

DIE LINKE.  
Stadtverband Gladbeck  
Franz Kruse  
Ratsherr

Welheimer Str. 198  
45968 Gladbeck

Telefon: 02043 / 39319  
Franzkruse@web.de

Gladbeck, den 24.10.08

## **Anfrage an Herrn Bürgermeister Ulrich Roland nach §13 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach Angaben des Bundes der Steuerzahler haben Städte in NRW bei so genannten SWAP- Geschäften versucht, die Zinslast der Kommunen zu senken. Dabei sind Verluste in Millionenhöhe entstanden und es werden weitere nicht abzusehende Verluste entstehen.

Während jeder Häuslebauer seinen auf zehn oder 15 Jahre festgeschriebene Zinssatz für die Hypothek weiter zahlen muss, auch wenn die Zinsen am Kreditmarkt stark fallen, haben große Schuldner wie Kommunen oder Unternehmen die Möglichkeit, feste gegen variable oder langfristige gegen kurzfristige Zinsen zu tauschen (= engl. SWAP). Solche Geschäfte betreffen nur die Zinszahlungen, nicht die Kredite selbst.

Das muss nicht immer hochriskant sein, doch z.B. bei den sogenannten "Spread Ladder Swaps" versucht der Anleger, den Abstand (= engl. spread) zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen in einem bestimmten Zeitraum vorauszusagen und spekuliert mit einem Zinstausch darauf. Diese Papiere, die auch in NRW in den Markt gebracht wurden und auf die sich Städte eingelassen haben, laufen auf eine Zinswette hinaus und stellen somit hochspekulative Risiken dar. Die zweistelligen Millionenverluste, die nun z.B. die Städte Mülheim oder Hagen bedrohen, sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass die Kapitalmarktzinsen in den vergangenen Jahren wider Erwarten niedrig blieben.

Vor circa einem Jahr erklärte Bürgermeister Roland vor dem Rat, dass der Zinssatz, den die Stadt Gladbeck für ihre Schulden zahlt, durch aktives Schuldenmanagement wesentlich unter den durchschnittlichen Zinssatz gedrückt wurde, den andere Kommunen in NRW zahlen müssen. Was erst wie eine positive Nachricht klang, gibt nun Anlass zur besorgten Nachfrage.

Ich bitte daher den Bürgermeister der Stadt Gladbeck darum, Antworten auf folgende Fragen zu geben:

- Wie hat die Stadt Gladbeck die Verringerung des Zinssatzes für ihre Schuldentilgung erreicht?
- Hat auch die Stadt Gladbeck zum Mittel der "Spread Ladder Swaps" oder zu anderen schwer abschätzbaren und daher riskanten Zinsderivaten gegriffen, um die Zinslast zu verringern?
- Droht auch der Stadt Gladbeck aus den Maßnahmen zur Verringerung der Zinslast im Endeffekt eine Mehrbelastung und wie hoch könnte diese im ungünstigsten Fall gegebenenfalls werden?

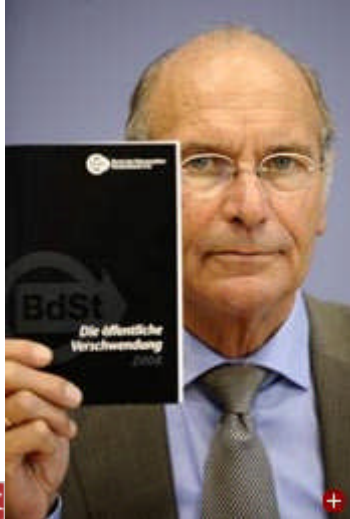
Mit freundlichen Grüßen,

---

– Franz Kruse –

Staatsausgaben

## Sorgloser Umgang mit Steuergeld



Die öffentliche Verschwendung: So werden Steuergelder ausgegeben

09. Oktober 2008 Die Finanzkrise wird für die deutschen Kommunen ein teures Nachspiel haben. „Experten schätzen, dass bundesweit rund 700 Kommunen Swap-Geschäfte abgeschlossen haben und noch viele Millionen Steuergelder verlorengehen“, monierte der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, am Donnerstag in Berlin bei der Präsentation des Schwarzbuches 2008.

### Ausmaß ist kaum abzuschätzen

Besonders scharf ging er mit den Städten Hagen, Remscheid, Neuss und Mülheim ins Gericht. Diese hätten durch Swap-Geschäfte insgesamt 79 Millionen Euro „verzockt“. Dabei hätten die Städte mit Banken langfristige Kredite mit hohen Zinssätzen gegen kurzfristige Kredite mit niedrigeren Sätzen getauscht, um die Belastung zu mindern.

Allerdings hätten diese Städte auch darauf gewettet, dass sich die Differenz zwischen den Zinssätzen noch vergrößern werde. Doch das Gegenteil trat ein. Die Städte verloren nach Däkes Worten die Wette und damit viele Millionen Euro. Aber auch das Scheitern der Mittelstandsbank IKB und die Fehlspekulationen der bayerischen Landesbank wären für die Steuerzahler teuer. Das Ausmaß der Lasten aus der Finanzkrise für Bund, Länder und Gemeinden sei derzeit kaum abzuschätzen.

Berlin (ots) - Als falsch bezeichnet Michael Venbert, Geschäftsführer der Berliner Firma Makrofinance (Fachdienstleister für kommunales Schuldenmanagement) verallgemeinernde Aussagen auf Grundlage des aktuellen Schwarzbuches, wonach in geschätzt 700 Kommunen Millionenverluste durch spekulative Swap-Geschäfte drohen. "Die Zahlen des Interkommunalen Finanzierungsvergleiches belegen, dass bei zwei Drittel der Kommunen, die Swap-Geschäfte nutzen, Risiken minimiert wurden und ein Spekulationsverdacht auszuschließen ist", sagt Venbert. Richtig sei allerdings, dass die kommunale Finanzierung mehr Aufmerksamkeit und mehr Transparenz erfordere. Mit dem Projekt "Interkommunaler Finanzierungsvergleich" ([www.kommunal-finanz-forum.de](http://www.kommunal-finanz-forum.de)) stehe eine bisher ungenutzte Quelle für die notwendige Transparenz zur Verfügung.

Der Bund der Steuerzahler greift im aktuellen Schwarzbuch die Finanzierungspraxis deutscher Kommunen sehr kritisch auf. Unter Verweis auf Beispiele wie die Städte Hagen, Remscheid, Neuss und Mülheim moniert er Millionenverluste aus Swap-Geschäften und führt weiter aus, dass "Experten schätzen, dass bundesweit rund 700 Kommunen Swap-Geschäfte abgeschlossen haben und noch viele Millionen Euro Steuergelder verloren gehen".

Mit dem Projekt "Interkommunaler Finanzierungsvergleich" ([www.kommunal-finanz-forum.de](http://www.kommunal-finanz-forum.de)) steht eine bisher ungenutzte Quelle für die notwendige Transparenz zur Verfügung. Im Rahmen des Projektes wurde für jede Teilnehmerkommune auf vertraulicher Basis das Schuldenportfolio analysiert. Die Kennzahlen liefern Vergleichsdaten und quantifizieren die individuelle Kosten- und Risikosituation u.a. unter Berücksichtigung vorhandener Swap-Geschäfte. An dem Projekt haben sich seit 2007 bundesweit über 180 Kommunen beteiligt, welche rund 27 % aller Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern repräsentieren.

Diese Datenbasis zugrunde gelegt, nutzen rund 40% aller Kommunen Zinsderivate (dazu gehören auch Swap-Geschäfte). Bei zwei Drittel dieser Kommunen tragen die eingesetzten Zinsderivate zum Vorteil der Kommune zur Erhöhung der Kostensicherheit bei und verursachen keine

zusätzlichen Risiken. Lediglich bei einem Drittel der Kommunen kommen komplexe ("strukturierte") Derivate mit dem Ziel der Kostenoptimierung zum Einsatz. Diese können, müssen aber nicht - wie in den genannten Beispielen - für erhöhte Risiken verantwortlich sein. Das Risikopotenzial ist im Einzelfall genau quantifizierbar.

Das Vergleichsergebnis relativiert somit den möglichen Eindruck, dass 700 Kommunen, welche Swap-Geschäfte getätigt haben, mit Steuergeldern spekulieren. Richtig ist, dass in identifizierbaren Einzelfällen hohe Risikopotenziale bestehen. Hier gilt es auf Grundlage größtmöglicher Transparenz die Ursachen für den Missstand zu finden und konsequent zu handeln.

Originaltext: Makrofinance Software GmbH

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/73202>

Pressemappe via RSS : [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_73202.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_73202.rss2)

Pressekontakt:

Informationen zum dem Projekt erhalten Sie im Internet ( [www.kommunal-finanz-forum.de](http://www.kommunal-finanz-forum.de) ) oder von der projektverantwortlichen Firma Makrofinance aus Berlin unter 030-206417660.